

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

46. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 9 · 22. Dezember 2015

Klimaschutz

Die Welt hat ein neues Klimaschutzabkommen. In einer Aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten des Landtags über die Konsequenzen des Kompromisses von Paris für Nordrhein-Westfalen. S. 3

Kampf dem Terror

Die Anschläge von Paris vom 13. November 2015 haben tiefe Spuren hinterlassen. Der Landtag gedachte der Opfer und verabschiedete eine Resolution – gegen den Terror und für die Freiheit. S. 7

Breitband

Das schnelle Internet war Thema einer Anhörung im Wirtschaftsausschuss. Sachverständige nahmen zum Breitbandausbau Stellung. Dabei ging es u.a. um den Anschluss von Gewerbegebieten. S. 9

Rück- und Ausblick

Ein spannendes Jahr geht zu Ende. Landtag Intern blickt zurück und wagt zugleich einen Ausblick auf 2016. Das Jahr wird im Zeichen des 70. Geburtstags von Land und Landtag stehen. S. 12-15

Hilfe für Flüchtlinge

Ein Schwerpunkt im Haushalt 2016



Herausforderung im Haushalt

Wenn der Landtag über den Haushalt debattiert, dann geht es viele, viele Stunden um Zahlen, um Einzelpläne, um Einnahmen, Ausgaben, neue Schulden, um Milliarden. Rund 69,6 Milliarden Euro ist der Haushalt für 2016 schwer. Dahinter stecken die Eckpfeiler für die Politik des Landes Nordrhein-Westfalen. Denn mit dem Haushalt legt das Land seine politischen Schwerpunkte fest: Wofür soll wie viel Geld ausgegeben werden? Wie viel Sparen und Haushaltskonsolidierung sind vorgesehen?

Kein Wunder also, dass der Haushaltsplan traditionell besonders kontrovers debattiert wird. Nach der Detailarbeit der zweiten Lesung geht es bei der dritten Lesung um eine Gesamtbewertung und die 237 Volksvertreterinnen und Volksvertreter müssen sich entscheiden, ob sie dem Haushaltsplan für das Jahr 2016 zustimmen können (Seiten 4 und 5). Nur wenn eine Parlamentsmehrheit den Haushalt annimmt, kann die Landesregierung ihn zur Grundlage ihrer Politik im kommenden Jahr machen.

Bei allen Differenzen herrschte im Landtag jedoch Einigkeit darüber, dass die Flüchtlingspolitik eine Mammutaufgabe bleibt und daher auch einen Schwerpunkt im Haushalt 2016 bildet. Denn Unterbringung und Integration der Menschen, die in NRW Zuflucht suchen, kosten Geld. Bereits in diesem Jahr haben die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik

den Landtag immer wieder beschäftigt, wie Sie auf den Seiten 12 und 13 lesen können.

Nach dem Terror von Paris war auch im Landtag das Entsetzen groß. Die Abgeordneten gedachten in einer Schweigeminute der Opfer und stellten sich an Frankreichs Seite. Vier Fraktionen haben sich in einer gemeinsamen Resolution „für Freiheit und gegen Terror“ ausgesprochen (Seite 7), die PIRATEN in einer eigenen.

Außerdem hat das Plenum nach dem internationalen Klimaabkommen von Paris und auf der Grundlage des Klimaschutzplans über Konsequenzen für NRW debattiert.

Zur Diskussion im Wirtschaftsausschuss stand der Breitbandausbau. Wie Fachleute die Forderungen der Opposition für landesweit flächendeckend schnelle Internetverbindungen bewerten, erfuhren die Abgeordneten in einer Anhörung (Seite 9) und nehmen selbst zum Thema Stellung (Seiten 10 und 11). Ein weiteres Ausschussthema war die Kindertagespflege (Seite 18). Alle Fraktionen möchten die Betreuung bei Tagesmüttern und -vätern mit der in Kindertagesstätten gleichstellen – aber wie?

Und was erwartet uns im neuen Jahr? Landtag Intern wagt einen Blick in die Zukunft (Seiten 14 und 15). Fest steht bereits: Es gibt etwas zu feiern.

SOW



Titelthema: Haushalt 2016

Ein Schwerpunkt: Flüchtlingspolitik 4-5

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2324 (wib), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de
Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).
Redaktionsschluss: Donnerstag, 17. Dezember 2015, 13 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Auflage: 30.000
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Aus dem Plenum

NRW und das Klima	3
Meldungen	6
Resolution gegen den Terror	7

Gesetzgebung	8
---------------------------	---

Schwerpunkt

Breitbandausbau	9
Schlag auf Schlag	10-11

Forum

Rückblick: So war das Jahr 2015	12-13
Ausblick: So wird das Jahr 2016	14-15

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	-------

Aus den Ausschüssen

Die Krux mit der Kinderbetreuung	18
--------------------------------------------------------	----

Forum

Porträt: Cornelia Ruhkemper (SPD)	19
Auszeichnung für Prof. Dr. Jürgen Rüttgers	19
Strategien gegen Radikalisierung	19
Kurz notiert	20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

NRW und das Klima

Aktuelle Stunde nach internationalem Abkommen von Paris

17. Dezember 2015 – 195 Staaten haben sich beim internationalen Klimaabkommen von Paris erstmals darauf verständigt, die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. In einer von SPD und GRÜNEN beantragten Aktuelle Stunde hat der Landtag die Ergebnisse der Klimakonferenz und ihre Konsequenzen für NRW beraten. In diesem Zusammenhang wurde auch der Klimaschutzplan der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN beschlossen. CDU und FDP stimmten dagegen, die PIRATEN sowie der fraktionslose Abgeordnete Daniel Schwerd enthielten sich.

Grundlage der Debatte war außerdem ein Eilantrag der PIRATEN ([Drs. 16/10470](#)). Der Klimaschutzplan ([Drs. 16/3020](#)) enthält 52 Strategien und insgesamt 210 Maßnahmen, um Treibhausgase zu verringern und sich an den Klimawandel vorausschauend anzupassen. Ziel ist, die Emissionen bis zum Jahr 2020 um ein Viertel im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Alle fünf Jahre soll der Plan fortgeschrieben werden. Als klimapolitische Leitlinien gelten „ökologische Verantwortung, ökonomische Vernunft und soziale Verantwortung“. Die Landesregierung strebt u. a. an, erneuerbare Energien „ambitioniert“ auszubauen, Energie- und Ressourcen-Effizienz zu steigern, Energie einzusparen, die Kraft-Wärme-(Kälte-)Kopplung auszubauen, langfristig zu einem klimaneutralen Gebäudebestand zu kommen, und im Verkehr auf andere Transportmittel zu setzen. Von den Maßnahmen sind Industrie und Gewerbe ebenso betroffen wie Landwirtschaft und private Haushalte.

Das Abkommen von Paris und die Klimaschutzpolitik Nordrhein-Westfalens – das passe zusammen, meinte [Rainer Thiel](#) (SPD). Was fehle, seien jedoch faire Wettbewerbsbedingungen bei der Umsetzung.

Er verwies auf

die besondere Situation Nordrhein-Westfalens und forderte einen „Klimaschutz ohne Strukturbruch“. Aus den Pariser Beschlüssen erwachse keine Notwendigkeit, schneller als geplant aus der Kohleförderung auszusteigen. Man brauche nicht nur Versorgungssicherheit und bezahlbare Energie, auch der Region sei man einen geordneten Ausstieg schuldig. „Ökologisch, ökonomisch und sozial – das ist Klimaschutz made in NRW“, schloss Thiel.

„Historisch“

[Wibke Brems](#) (GRÜNE) bezeichnete das Klimaabkommen als historisch. Nun müssten die Staaten, darunter Deutschland, ihre Anstrengungen erhöhen: „Wir müssen jetzt darüber reden, wann wir die Kohleverstromung in Deutschland beenden“, forderte sie. Auch der in einem breiten Beteiligungsverfahren erarbeitete Klimaschutzplan könne als historisch gelten, wenngleich in kleinerem Rahmen, erklärte Brems. Er umfasse nicht nur sämtliche relevanten Bereiche, er gebe zudem ein Signal, wo Investitionen sinnvoll seien. Dieses Signal komme nun auch aus Paris. Sie appellierte an den Landtag, den Klimaschutz gemeinsam in Angriff zu nehmen.

Jetzt komme es auf die Maßnahmen an, betonte [Rainer Deppe](#) (CDU). Wichtig seien Verbindlichkeit und möglichst wenige Sonderregelungen. Es bringe nichts, wenn NRW zusätzliche CO₂-Minderungsziele festschreibe –
dann

werde die Luft andernorts umso mehr verschmutzt. Er warnte davor, Verschmutzung und Arbeitsplätze in andere Länder zu verlagern. Verbote, Vorschriften, Untergangsszenarien und den erhobenen Zeigefinger halte er für den falschen Weg, sagte er in Richtung Rot-Grün. „Wir müssen für Begeisterung für Innovation sorgen“, erklärte er. Hier in NRW lägen die großen – auch wirtschaftlichen – Chancen des Klimaschutzes.

Die „Koalition der Ehrgeizigen“ müsse nun zu einer „Allianz der Verlässlichen“ werden, sagte [Henning Höne](#) (FDP) mit Blick auf die Umsetzung des Klimavertrags. Die besondere Verantwortung der Industrieländer bedeute jedoch nicht, dass sich Schwellen- und Entwicklungsländer aus der Verantwortung ziehen dürften. Es dürfe kein Ungleichgewicht entstehen. Klimaschutz müsse „endlich die Phase der Moral verlassen und in die Phase der Sachlichkeit, Effektivität und Effizienz eintreten“. Der Klimaschutzplan der Landesregierung sei keine „Roadmap“, sondern eine „Loseblattsammlung von Selbstverständlichkeiten und Wünsch-dir-was“.

[Hanns-Jörg Rohwedder](#) (PIRATEN) sprach von einem Klimaschutzplan ohne Rechtsverbindlichkeit. Er sei überflüssig und biete nichts Neues, Konflikte würden ausgeblendet. Der Ausstieg aus der Braunkohle müsse schneller erfolgen als geplant – nach Ansicht Rohwedders spätestens bis 2030. Die Leitentscheidung der Landesregierung zum Braunkohleabbau sei „Makulatur“ und müsse komplett überarbeitet werden. Für die Betreiber der Tagebaue dürfe keine Rechtsicherheit über 2023 hinaus geschaffen werden. Rohwedder forderte u. a. ein Kohleausstiegsgesetz und ein „rechtssicheres Frackingverbot“.

Von Paris aus sei ein Ruck durch die Welt gegangen, sagte Umweltminister [Johannes Remmel](#) (GRÜNE). Die Weltgemeinschaft habe sich zur Weltverantwortung bekannt: „Paris hat das Fenster weit aufgestoßen für neues, gutes Leben.“ Es sei eine neue Basis für Wirtschaft, Wohlstand und Beschäftigung geschaffen worden. Die Kritik der Opposition am Klimaschutzplan der Landesregierung wies er zurück. Es handele sich um einen „Plan für die Zukunft, eine neue industriepolitische Strategie für unser Land“ und eine Chance für NRW als „Land der erneuerbaren Energien, als Effizienzland Nummer eins und Klimaschutzland mit nachhaltiger Industrie“.

sow, zab

Haushalt 2016: 4 Milliarden

Etat nach heftigem Schlagabtausch verabschiedet

16. Dezember 2015 – Mit den Stimmen der rot-grünen Koalitionsfraktionen hat der Landtag den Haushalt für 2016 verabschiedet. Die Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und PIRATEN sowie der fraktionslose Abgeordnete Daniel Schwerd lehnten den Entwurf in dritter Lesung ab. Vorausgegangen war ein kontroverser Schlagabtausch über die Finanzpolitik des Landes.

Der Haushalt 2016 ([Drs. 16/9300](#)) samt Ergänzung ([Drs. 16/10150](#)) hat ein Gesamtvolumen von 69,6 Milliarden Euro. Die Ausgaben für die Flüchtlingspolitik werden im Vergleich zu 2015 auf 4 Milliarden Euro verdoppelt. Die Neuverschuldung sinkt daher weniger als noch Mitte des Jahres vorgesehen – von 1,9 Milliarden Euro 2015 auf 1,8 Milliarden Euro. Zunächst geplant waren 1,5 Milliarden Euro.

„Verfehlte Finanzpolitik“

CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#) warf der Landesregierung eine verfehlte Finanzpolitik vor. Seine Fraktion habe immer wieder Vorschläge gemacht, um „Sparpotenziale“ zu nutzen. Rot-Grün habe alle abgelehnt. Auch Vorschläge der CDU zur Stärkung der Wirtschafts- und damit

der Steuerkraft des Landes seien ignoriert worden. Stattdessen seien die Ausgaben deutlich gesteigert worden. Der Bund und neun Bundesländer hätten dagegen in guten Zeiten finanziell vorgesorgt und könnten nun die Herausforderungen durch den Zustrom von Flüchtlingen leichter stemmen. Laschet betonte, die erste große Aufgabe sei, den Etat „in Ordnung zu bringen“. Der Finanzminister solle nicht auf die Idee kommen, die Neuverschuldung mit der Flüchtlingspolitik zu erklären.

Mit dem Haushalt 2016 stelle sich Nordrhein-Westfalen einer historischen Bewährungsprobe, sagte SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#). Trotz der zusätzlich bereitgestellten Mittel für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge verzichte man nicht auf andere wichtige Investitionen. Römer nannte in diesem



Armin Laschet (CDU)

Zusammenhang u.a. Bildung und „bezahlbaren Wohnraum“. So starte die Landesregierung eine Initiative, mit der innerhalb weniger Jahre 120.000 neue Wohnungen geschaffen werden sollen. Auch die Finanzen der Städte und Gemeinden würden weiter gestärkt: „Jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt geht an die Kommunen.“ Das Land sei stark, die Finanzen seien

Die Eckpunkte des Etats

Das Land Nordrhein-Westfalen verdoppelt im kommenden Jahr seine Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen. Wurden in diesem Jahr rund 1,9 Milliarden Euro dafür aufgebracht, so werden es 2016 rund 4 Milliarden Euro sein. Das sieht der Haushalt vor, den der Landtag am 16. Dezember 2015 in dritter Lesung beschlossen hat. Nach Angaben des Innenministeriums werden bis Ende 2015 rund 300.000 Schutzsuchende ins bevölkerungsreichste Bundesland kommen.

Der Bund trägt nach Angaben des Finanzministeriums NRW mit rund 800 Millionen Euro etwa 19,6 Prozent dieser Kosten. Von den insgesamt 4 Milliarden Euro sollen 2,6 Milliarden Euro an die Kommunen gehen. Davon sind 1,95 Milliarden Euro pauschale Zuweisungen. Weitere 613 Millionen Euro werden für die Übernahme von Landesaufgaben gezahlt. Der Haushalt hat insgesamt ein Volumen von 69,6 Milliarden Euro – 3,3 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr. Davon sollen 52,5 Milliarden Euro über Steuereinnahmen finanziert werden.

Die Neuverschuldung liegt bei 1,8 Milliarden Euro im Vergleich zu 1,9 Milliarden Euro 2015. Sie sinkt damit wegen der steigenden

Kosten für die Flüchtlingsunterbringung geringer als zunächst geplant (1,5 Milliarden Euro). NRW-Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans hält an seinem Plan fest, ab 2019 keine neuen Kredite mehr aufzunehmen. Die Gesamtverschuldung des Landes liegt derzeit bei etwa 142 Milliarden Euro.

Für Investitionen werden im kommenden Jahr 6,2 Milliarden Euro eingeplant (2015: 5,7 Milliarden Euro). Die Personalausgaben steigen von 24,4 auf 25,4 Milliarden Euro.

Am 3. und 4. Dezember 2015 hatten die Abgeordneten in zweiter Lesung insgesamt mehr als 13 Stunden lang in kontroverser Debatte über die Einzelpläne beraten.

In der Grundsatzdebatte zum Auftakt der zweiten Lesung fragte [Dr. Marcus Optendrenk](#) (CDU): „Wo ist eigentlich die Tatkraft der Ministerpräsidentin beim Haushalt 2016?“ Die einzige klare Linie, die er im Etatentwurf sehe, sei das Geldausgeben – je mehr, desto besser.

Es handle sich um keine gewöhnlichen Haushaltsberatungen, erklärte [Stefan Zimkeit](#) (SPD) und verwies auf die vielen Flüchtlinge, die Zuflucht suchten. Der Haushalt zeige: Die Landesregierung stelle sich dieser Herausforderung.

„Das Haltbarkeitsdatum Ihrer Haushaltsplanung entspricht dem eines ablaufenden

für Flüchtlingspolitik



Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Michele Marsching (PIRATEN)

Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

gesund. Die Hoffnung auf sozialen Aufstieg sei in NRW weitaus realistischer als die Angst vor einem Abstieg.

„Dieser Landeshaushalt entspricht nicht den Anforderungen an eine gestalterische Landespolitik“, kritisierte der FDP-Fraktionsvorsitzende [Christian Lindner](#). Dass die Landesregierung in bewegten Zeiten Flexibilität be-

Bechers Joghurt“, kritisierte [Ralf Witzel](#) (FDP) Nachtragshaushalte des Finanzministers, auch die der letzten Jahre. Zudem verschleierte der Minister das Ausmaß der Verschuldung.

[Martin-Sebastian Abel](#) (GRÜNE) sprach von einem „gelungenen Dreiklang“ aus Konsolidierung, besserer finanzieller Ausstattung der Kommunen und Investitionen in zentrale Zukunftsfelder wie Bildung, Forschung und Innovation.

Die geplanten Ausgaben für Flüchtlinge basierten auf falschen Zahlen, hielt [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN) dagegen. Die Landesregierung gehe von 800.000 Asylsuchenden im nächsten Jahr aus. Fachleuten zufolge seien es aber bis zu 350.000 mehr.

Finanzminister [Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD) sprach von einem „soliden Haushalt 2016“. Rot-Grün sei seit fünfzehn Jahren in der Verantwortung. Nie zuvor sei „so kontinuierlich konsolidiert worden“.

nötige, erkenne die Opposition an, „aber auf Dauer kann das nicht so weitergehen“. Es gelte, Aufgaben und Standards des Staates kritisch zu hinterfragen und gleichzeitig alle wirtschaftlichen Bremsen zu lösen. Trotz finanzpolitischer Ausnahmebedingungen werde der Haushalt in guten Zeiten ruiniert. Lindner warf der Regierung vor, Finanzkosmetik zu betreiben, um den Schein einer sinkenden Neuverschuldung erwecken zu können. Lindners Forderungen: Bürokratieabbau, eine moderne öffentliche, auch digitale Infrastruktur und beste Bildung.

„Gut investiertes Geld“

[Mehrdad Mostofizadeh](#), GRÜNEN-Fraktionschef, nannte die Aussagen Laschets zu den Kosten der Flüchtlingspolitik infam. Ebenfalls kritisierte er mit Blick auf ein Papier der CDU zur Flüchtlingspolitik die „christliche Weihnachtsbotschaft: Hauptsache, mehr Abschiebung“. Als zentral im Haushalt beschrieb er die Bildung: Jeder dritte Euro fließe in dieses Zukunftsfeld – von der Kita bis zur Hochschule. In der Flüchtlingspolitik kämen auf jeden Euro vom Bund 2 Euro vom Land. Die Kommunen erhielten für die Unterbringung der Menschen im kommenden Jahr fast 2 Milliarden Euro. „Gut investiertes Geld“ – wie der gesamte Etat für Flüchtlingsarbeit, meinte der GRÜNE und verwies auch auf Impulse für die Konjunktur. Wirtschaftliche Chancen sah Mostofizadeh zudem im Klimaschutz, speziell im „Wachstumsmotor Umweltwirtschaft“.

[Michele Marsching](#), Fraktionschef der PIRATEN, sprach von einem „Haushalt der verpassten Chancen“. „Investition, Integration und Innovation“ bezeichnete er als „Säulen der Zukunft unseres Landes“, die im Etat nicht ausreichend berücksichtigt seien. Er warf der Landesregierung Konzept- und Ideenlosigkeit vor. Wichtig seien u.a. Investitionen in Bildung und Digitalisierung. Ein Schwerpunkt seiner Rede war das schnelle Internet, die „Grundlage der modernen Wissensgesellschaft“. Marsching forderte, alte Kupferkabel zügig durch moderne Glasfaserkabel zu ersetzen. Auch im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik warf Marsching der Landesregierung Versäumnisse vor. Die PIRATEN hätten bereits 2012 eine Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme gefordert.

Landesfinanzminister [Dr. Norbert Walter-Borjans](#) (SPD) wies die Kritik der Opposition an der Finanzpolitik zurück. Es gehe um eine Reduzierung der Neuverschuldung bei gleichzeitiger Sicherstellung der Aufgaben des Landes und nicht um „konzeptloses Streichen“, so wie es die Opposition fordere. Der Minister warb dafür, gemeinsam die Weichen für eine gelingende Integration von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen zu stellen. Dies werde „teuer“ und sei nur zu schaffen, wenn investiert werde. Dafür habe die Landesregierung die Voraussetzungen geschaffen, indem die Neuverschuldung in den vergangenen fünf Jahren „kontinuierlich“ reduziert worden sei. Zugleich setze Rot-Grün Schwerpunkte, beispielsweise durch mehr Geld für die Bildung oder für Krankenhäuser. *wib, sow, zab*



Verpflichtung

2.12.2015 – Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat den FDP-Landtagsabgeordneten [Andreas Terhaag](#) (Foto) verpflichtet. Der 47-jährige Diplom-Ingenieur stammt aus Mönchengladbach. Terhaag rückt für Kai Abruszat (FDP) nach, der neuer Bürgermeister der Gemeinde Stemwede (Kreis Minden-Lübbecke) ist und sein Landtagsmandat niedergelegt hatte.



Kohle-Debatte

2.12.2015 – Der Landtag hat anlässlich der Klimakonferenz in Paris kontrovers über das Tempo des Ausstiegs aus der Kohlenutzung debattiert. Während Umweltminister [Johannes Remmel](#) (GRÜNE) das Land Nordrhein-Westfalen auf einem guten Weg sah, kritisierte [Josef Hovenjürgen](#) (CDU) mangelnde Verlässlichkeit in der Energiepolitik. Kaum habe es eine Einigung mit Unternehmen und deren Beschäftigten gegeben, fordere die aus NRW stammende Bundesumweltministerin einen früheren Ausstieg aus der Braunkohleverstromung als vereinbart. [Rainer Thiel](#) (SPD) verteidigte die Perspektive, bis 2050 in den Tagebauen Garzweiler und Hambach Braunkohle abzubauen – so lange reiche dort die Kohle. Zudem sei dies auch aus Gründen der Versorgungssicherheit geboten, weil Langzeitspeicher bisher fehlten. [Wibke Brems](#) (GRÜNE) unterstützte hingegen die Forderung der Bundesministerin: Planungssicherheit gelinge nicht, indem man möglichst lange die Augen verschließe. Auch [Michele Marsching](#) (PIRATEN) forderte einen schnelleren Ausstieg aus dem Braunkohletagebau. Wirtschaftsminister [Garrelt Duin](#) (SPD) lehnte hingegen „weitere Regelungen“ und Überlegungen, die zu „schädlichen Strukturbrüchen“ führen könnten, ab. Grundlage der Debatte waren eine Unterrichtung durch die Landesregierung im Plenum, zwei Anträge auf eine Aktuelle Stunde ([Dr. 16/10352](#), PIRATEN, und [Drs. 16/10353](#), CDU) sowie ein Eilantrag der FDP ([Drs. 16/10354](#)).

Länder-Kompromiss

4.12.2015 – Die Bundesländer haben sich auf ein neues System zum Länderfinanzausgleich ab 2020 verständigt. Über den Kompromiss unterrichtete Ministerpräsidentin [Hannelore Kraft](#) (SPD) den Landtag am Tag nach der Einigung. Im Kern geht es um mehr Geld vom Bund für die Gesamtheit der Länder und um ein neues Berechnungsmodell. Demnach sollen die Länder abhängig von ihrer Einwohnerzahl einen höheren Anteil der Umsatzsteuer als bisher erhalten, ergänzt um Zu- oder Abschläge je nach Finanzkraft. Laut Kraft kann NRW mit einem jährlichen Plus in Höhe von 1,5 Milliarden Euro rechnen. Der Bund muss dem allerdings zustimmen. „Gestern war ein guter Tag für den Föderalismus und für Nordrhein-Westfalen“, sagte die Ministerpräsidentin. Auch die Fraktionschefs von SPD und GRÜNEN, [Norbert Römer](#) und [Mehrdad Mostofizadeh](#), begrüßten die Einigung ebenso wie CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#). Er forderte zugleich: „Wir müssen in der Wirtschafts- und Finanzkraft dieses Landes wieder stärker werden.“ FDP-Fraktionschef [Christian Lindner](#) kritisierte: „Wenn man keine Idee hat, greift man auf anderer Leute Geld zu.“ [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN) bezweifelte, dass künftig 1,5 Milliarden Euro mehr in NRW zur Verfügung stehen, wie von Rot-Grün erwartet.

Digitale Behörden

16.12.2015 – Bürgerinnen und Bürger sollen Behördenangelegenheiten künftig auch online erledigen können. Das sieht der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Förderung der elektronischen Verwaltung in NRW ([Drs. 16/10379](#)) vor, den der Landtag in erster Lesung beraten hat. Ziel einer digitalen Verwaltung ist es, Privatpersonen wie auch Unternehmen Behördengänge und Schriftverkehr zu ersparen und Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten. Elektronische Signaturen und sichere Identifikationsmöglichkeiten sollen Vorgänge auch digital ermöglichen, die bisher Unterschrift und persönliches Erscheinen erfordern. Zudem soll

es elektronische Bezahlungsmöglichkeiten geben – alles unter der Voraussetzung des Datenschutzes und hoher Sicherheitsstandards. Wie die Landesbehörden sollen auch die Kommunen möglichst ihre Akten digital führen, dürfen aber aus Gründen der kommunalen Selbstverwaltung eigenständig darüber bestimmen. Den rechtlichen Rahmen für das E-Government bildet ein Bundesgesetz von 2013. Der Landesgesetzentwurf geht teilweise darüber hinaus. Mit der Umstellung auf digitale Verfahren sind zunächst Investitionen verbunden, die sich laut Regierung mittel- bis langfristig durch Einspar-effekte auszahlen sollen.

„Zu viele Nichtschwimmer“

16.12.2015 – Rund ein Drittel aller Kinder in Nordrhein-Westfalen könnten am Ende der 4. Klasse nicht schwimmen. Dies hat die FDP-Fraktion in einem Antrag kritisiert, der im Plenum debattiert wurde („Sicheres Schwimmen kann Leben retten – Schwimmfähigkeit am Ende der Grundschulzeit überprüfbar definieren“, [Drs. 16/10293](#)). Beim Schwimmen handle es sich um eine Grundfertigkeit. Dennoch seien allein im Jahr 2014 in NRW 49 Menschen ertrunken. Die Landesregierung müsse in diesem Zusammenhang u.a. sicherstellen, dass Kinder am Ende der Grundschulzeit schwimmen können. Der Antrag wurde an den Sportausschuss überwiesen.

Neue Höchstaltersgrenze

16.12.2015 – In NRW gilt künftig eine neue Höchstaltersgrenze für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis. Der Landtag hat einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 16/9759](#)) verabschiedet. Die bisher bestehende Höchstaltersgrenze von bisher 40 wird auf 42 Jahre angehoben. Mit der Gesetzesänderung setzt der Landtag eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts um. Nach Angaben der Landesregierung wurden die Änderungen in einem Spitzengespräch der Ministerpräsidentin mit Gewerkschaften und Berufsverbänden einvernehmlich vereinbart.

Unter den Besucherinnen und Besuchern der Plenarsitzung war auch der französische Generalkonsul Vincent Muller. Landtagspräsidentin Carina Gödecke sprach ihm und seinen Landsleuten das Mitgefühl und die tiefe Anteilnahme des Landesparlaments aus. Sie sagte: „Wir sind fest mit Frankreich verbunden.“ Muller verfolgte die Plenarsitzung von der Tribüne aus.

Der Landtag verabschiedete auch eine gemeinsame Resolution von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP ([Drs. 16/10307](#)). Ihr Titel: „Entschlossen und besonnen für die Freiheit und gegen den Terror“. Die PIRATEN hatten eine eigene Resolution eingebracht. Sie wurde abgelehnt ([Drs. 16/10369](#)).

Landtag Intern veröffentlicht Auszüge aus der gemeinsamen Resolution:

„Die schrecklichen Überfälle und brutalen Morde von Paris haben uns alle erschüttert. Wir trauern um die Opfer von Paris und der weltweiten Terroranschläge. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten ihren Familien, Angehörigen und Freunden. Allen Verletzten wünschen wir eine vollständige Genesung an Leib und Seele.

Der Terrorakt am 13. November 2015 in Paris war ein Anschlag auf das Leben in Freiheit aller Menschen Europas. Die Terroristen wollen Angst in unsere Gesellschaft tragen, Solidarität schwächen und Zusammenhalt zerstören. Sie greifen unsere Lebensart und unsere Freiheit brutal an. Der Terrorismus verunsichert und fordert heraus, wovon wir überzeugt sind: Er attackiert unsere Idee der Menschlichkeit und des unveräußerlichen Rechts auf Freiheit und Gleichheit.

Freiheit und Frieden, Respekt und Toleranz sind Prinzipien des demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaats. An ihnen halten wir unbeirrt fest. Wir lassen uns von feigen Mördern nicht die zentralen Werte unserer Demokratie nehmen. Wir lassen uns ihren blindwütigen Hass nicht aufzwingen, der ein Leben in Würde und Freiheit zerstört. Wir beteiligen uns auch nicht an einer Rhetorik, die Flüchtlinge unter Generalverdacht stellt. Wer das tut, betreibt zugleich das Geschäft der Terroristen, die die Integration der Geflüchteten sabotieren wollen. (...)

„Entschlossen und besonnen“

Unsere Freiheit macht uns zwar verwundbar, aber weder hilflos noch wehrlos. Unsere freiheitlichen Grundwerte und Grundrechte machen uns stärker, als es eine Terrororganisation je sein könnte. (...) Terroristen sind Verbrecher und wir werden sie wie Verbrecher bekämpfen. Wir werden mit Entschlossenheit und Besonnenheit die Mittel des Rechtsstaats nutzen, um sie aufzuspüren, zu bestrafen und ihre Mordpläne zu vereiteln.

Foto: Schälte

PLENUM

„Für die Freiheit, gegen den Terror“

Landtag verabschiedet Resolution nach Anschlägen in Paris

2. Dezember 2015 – Paris, am 13. November: Islamistische Terroristen sprengen sich nahe des Stade de France in die Luft, reißen einen Passanten mit in den Tod. Weitere Terroristen erschießen Besucher eines Konzerts im Bataclan-Theater, Gäste in Cafés, Bars und Restaurants. 130 Menschen werden getötet, viele zum Teil schwer verletzt. Der Landtag hat der Opfer in einer Schweigeminute gedacht und eine Resolution gegen den Terror verabschiedet.

In den vergangenen Monaten, nach den Anschlägen auf Charlie Hebdo, wurde in Deutschland bereits viel getan, um der Gefahr terroristischer Anschläge zu begegnen. Die Anschläge in Paris haben aber auch gezeigt, dass nationale Maßnahmen allein nicht ausreichen. Zukünftig braucht es eine noch engere Zusammenarbeit mit den Polizei- und Sicherheitsbehörden anderer Staaten. Dies gilt vor allem im europäischen Kontext. Terrorismus-Vorbeugung kann und darf aber nicht allein die Aufgabe der Sicherheitsbehörden sein. Beratungsangebote aus der Gesellschaft heraus sind ebenso ein unverzichtbarer Bestandteil. (...) Es ist anzuerkennen, dass schon viele Musliminnen, Muslime und Moscheegemeinden daran arbeiten, dem islamischen Fundamentalismus die Stirn zu bieten. (...)

Sicher: Angesichts der Brutalität des Terrors kann niemand arglos und unbekümmert sein. Und doch: Um die Freiheit zu schützen, müssen wir Freiheit leben. Feste zu feiern, Sport zu genießen und Märkte zu besuchen, sind Bestandteile unserer Lebensart und müssen es bleiben.

Dies gilt es ebenso zu bewahren, wie das, was Nordrhein-Westfalen seit jeher ausmacht: Zusammenhalt, Offenheit und Toleranz. (...)

Wir fordern alle demokratischen Kräfte auf, für unsere offene und freiheitliche Gesellschaft einzustehen und mit Besonnenheit und rechtsstaatlicher Entschlossenheit zu handeln. Wir danken den Hilfsorganisationen in Europa und in Nordrhein-Westfalen, die ihren Dienst zur Unterstützung unserer Gesellschaften mit Ruhe und großem Pflichtgefühl verlässlich ausüben. Wir danken den Sicherheitskräften und den Polizeibeamtinnen und -beamten des Bundes und der Länder, die jeden Tag aufs Neue für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sorgen und unsere rechtsstaatliche Werteordnung verteidigen helfen. Wir danken auch für das zivilgesellschaftliche Engagement und für die gelebte Mitmenschlichkeit, die die Stärke unserer freiheitlichen Gesellschaft tagtäglich unter Beweis stellen. Gemeinsam werden wir solidarisch weiter für die Ideale und Werte einer offenen Gesellschaft eintreten.“ *red*

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Bürokratieabbau in den Kommunen durch Standardisierung und Deregulierung; Antragsrecht für kommunale Spitzenverbände | [Drs. 16/8649](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW | [Drs. 16/8458](#) | FDP | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | 2. Lesung 4.12.2015 | angenommen

Änderung des Kinderbildungsgesetzes | [Drs. 16/8446](#) | PIRATEN | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | 2. Lesung 2.12.2015 | abgelehnt

Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes | [Drs. 16/8293](#) | Landesregierung | 2. Lesung 16.12.2015 | angenommen

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz über die Stiftung von Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen | [Drs. 16/8933](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes | [Drs. 16/9578](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag | [Drs. 16/9516](#) | Landesregierung | 2. Lesung 16.12.2015 | angenommen

Gesetz über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung sowie zur Änderung des Gesundheitsdatenschutzgesetzes | [Drs. 16/9518](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte | [Drs. 16/9520](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | 2. Lesung 2.12.2015 | angenommen

Gesetz über die Abschiebungshaft sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes | [Drs. 16/9521](#) | Landesregierung | 2. Lesung 16.12.2015 | angenommen

Gesetz zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9568](#) | Landesregierung | in Beratung

Haushaltsgesetz 2016 | [Drs. 16/9300](#) und [16/10150](#) | Landesregierung | 3. Lesung 16.12.2015 | angenommen

Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 und Änderung des Stärkungspaktgesetzes | [Drs. 16/9302](#) und [16/10150](#) | Landesregierung | 3. Lesung 16.12.2015 | angenommen

Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9761](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes und des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9727](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung der Höchstaltersgrenzen für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis in Nordrhein-Westfalen und zur Entfristung der Altersteilzeitregelung | [Drs. 16/9759](#) | Landesregierung | 2. Lesung 16.12.2015 | angenommen

Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9760](#) | Landesregierung | 2. Lesung 16.12.2015 | angenommen

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/9807](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | 2. Lesung 2.12.2015 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9809](#) | Landesregierung | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes | [Drs. 16/9805](#) | CDU | Wirtschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften | [Drs. 16/9795](#) | SPD, CDU und GRÜNE | Hauptausschuss | Anhörung am 21.1.2016

Viertes Nachtragshaushaltsgesetz 2015 | [Drs. 16/10082](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | 2. und 3. Lesung 16.12.2015 | angenommen

Drittes Gesetz zur Änderung des Versorgungsfondsgesetzes | [Drs. 16/10083](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | 2. Lesung 16.12.2015 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Lehrerausbildungsgesetzes | [Drs. 16/9887](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Weiterbildung | Anhörung am 17.2.2016

Gesetz zur Änderung des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10081](#) | Landesregierung | Innenausschuss | 2. Lesung 2.12.2015 | angenommen

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10057](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz über die Regulierungskammer Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10189](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.12.2015 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Fünftes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes | [Drs. 16/10309](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | 2. Lesung 4.12.2015 | angenommen

Gesetz zur Umsetzung europarechtlicher Vorgaben über die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10308](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.12.2015 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes | [Drs. 16/10247](#) | Landesregierung | 1. Lesung 2.12.2015 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10379](#) | Landesregierung | 1. Lesung 16.12.2015 | Überweisung an den Innenausschuss

Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/10380](#) | Landesregierung | 1. Lesung 16.12.2015 | Überweisung an den Innenausschuss

Diskussion ums schnelle Internet

Anhörung zur Zukunft der Breitbandversorgung in NRW

9. Dezember 2015 – Megabit und Gigabit, Breitband, Glasfaser, Down- und Upload-Kapazitäten. Das klingt nicht nur kompliziert, das ist auch kompliziert – zumindest für Laien. Und doch ist jeder Mensch, der einen Internetanschluss besitzt, betroffen. Da die Datenmengen, die durchs Netz fließen, ständig größer werden, muss auch die technische Infrastruktur ausgebaut werden. Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk hat sich mit dem „schnellen Internet“ in einer Anhörung befasst.

Kurz gesagt: Es ging um die Zukunft der Breitbandversorgung in NRW. Sie soll eine hohe Datenübertragungsraten sicherstellen. Die Anträge, die der Anhörung zugrunde lagen, trugen die Titel: „Ohne Glasfaser-Strategie verhindert die Landesregierung den Sprung in die Gigabit-Gesellschaft“ (PIRATEN, [Drs. 16/9591](#)), „Nordrhein-Westfalen braucht eine Digitalisierungs-Offensive“ (FDP, [Drs. 16/9595](#)), „Landesregierung muss Breitbandförderfonds für flächendeckendes schnelles Internet in allen Kommunen auflegen“ (FDP, [Drs. 16/9596](#)) sowie „Chancen für flächendeckenden Ausbau digitaler Infrastrukturen durch Breitbandförderrichtlinie des Bundes nutzen – Landesregierung muss Kommunen beim Breitbandausbau endlich unterstützen“ (CDU und FDP, [Drs. 16/10071](#)).

Flächendeckender Ausbau

Die Rahmenbedingungen und Wachstumsvoraussetzungen seien für Unternehmen in NRW noch nicht optimal, hieß es in der Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern (IHK). Das aktuelle Ziel der Bundes- und Landesregierung, alle Haushalte bis 2018 mit 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) im Download zu versorgen, greife zu kurz: Vor allem für die Versorgung von Unternehmen reiche dies dauerhaft nicht aus. Insbesondere Industrie- und Gewerbegebiete müssten zeitnah an leistungsstarke Netze angeschlossen werden. Absehbar werde „nur der Ausbau mit Glasfaser eine dauerhafte und zukunftsfähige Anschlussqualität bieten, welche die heute bereits erkennbaren Anforderungen von bis zu 300 Mbit/s im Download ermöglicht“. Die neue Breitbandstrategie der Landesregierung sei ein „wichtiges Signal an die Verantwortlichen vor Ort, sich stärker als bisher zu engagieren“. Für einen flächendeckenden Ausbau aber reichten die zusätzlichen Mittel nicht aus.

Der Bundesverband IT-Mittelstand sah den Breitbandausbau als „Zukunftsinvestition in die Daseinsvorsorge“. Wiederholt habe man sich für Breitbandverbindungen von 1 Gigabit/s bis zum Jahr 2020 für die Mehrzahl der Haushalte ausgesprochen. Dies sei derzeit nur mit Glasfaserkabeln erreichbar. Der Verband regte zudem

an, „die Hürden zum Aufbau eines WLAN herabzusetzen“. Insgesamt sehe man für das Land NRW „gute Chancen für den Ausbau von Breitbandinternet“.

Das Ziel, im Jahr 2018 eine flächendeckende Versorgung mit 50 Mbit/s zu erreichen, sei richtig, so die Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW. Es könne sich dabei jedoch nur um ein Zwischenziel handeln. Die Vereinigung favorisierte den „Wettbewerb von Anbietern und Technologien“. Fördergelder seien in den Teilen des Landes notwendig, „wo Wettbewerb und Bandbreite fehlen“. Von höchster Bedeutung sei der vorrangige Anschluss von Industrie- und Gewerbegebieten. Lediglich 10 Prozent dieser Gebiete verfügten über eine Verbindung, die dem 50-Mbit/s-Ausbaziel genüge. Wichtig sei zudem der parallele Ausbau der Upload-Kapazitäten.

Einen „klaren Vorrang privater Investitionen vor Investitionen der öffentlichen Hand“ forderte der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien (Bitkom). Man unterstütze „ausdrücklich ein Bekenntnis zum Technologiemix“, hieß es in der Stellungnahme. Nur so sei es möglich, die Ziele kostengünstig und zeitnah zu erreichen. Es sei richtig, Industrie- und Gewerbegebieten Priorität einzuräumen. Förderprogramme seien in Gebieten sinnvoll, „in denen ein wirtschaftlicher

Ausbau absehbar durch den Markt nicht stattfindet“. Ähnlich äußerte sich die Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Steinfurt.

Die Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen, ein kommunales Unternehmen der Kreise Hochsauerlandkreis, Olpe, Soest, Siegen-Wittgenstein und Märkischer Kreis, unterstützte „ausdrücklich die offenbar allen Anträgen zugrunde liegende Auffassung, dass dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur ein entscheidender Stellenwert beizumessen ist“. Der Auf- und Ausbau sei vornehmlich eine Aufgabe der Wirtschaft. In ländlichen Regionen sei eine zielgerichtete Inanspruchnahme von Fördermitteln anzustreben. Welche Technologie dabei eingesetzt werden müsse, hänge von den strukturellen Voraussetzungen in den Erschließungsgebieten ab.

Nachhaltige Zukunftssicherheit schafften nur durchgehende Glasfaserleitungen vom Netzknoten bis in die Betriebe und Wohnungen, so die STZ Consulting Group (Erfstadt). *zab*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.



Foto: Schälte

Schlag auf Schlag

Meinungen zum Schwerpunkt „Breitbandausbau“



[Frank Sundermann](#)
(SPD)



[Hendrik Wüst](#)
(CDU)

**Die Breitband-Versorgung
in NRW ist derzeit ...**

... schon bundesweit führend. Wir werden sie weiter verbessern.

... außerhalb der Ballungszentren zu oft ungenügend. Dort verfügen immer noch 60 Prozent der Haushalte über kein schnelles Internet. Nach Berechnungen der Strategieberatung MICUS müssen mindestens 5,6 Milliarden Euro in den Netzausbau investiert werden, um alle Haushalte mit schnellem Internet zu versorgen.

**Die nordrhein-westfälische
Wirtschaft ...**

... hat das Potenzial und das Know-how, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

... hat überwiegend noch keinen Anschluss an die schnelle Datenautobahn. Laut der Strategieberatung MICUS verfügen neun von zehn Gewerbegebieten aktuell über kein schnelles Internet. Nordrhein-Westfalen droht zum Verlierer des digitalen Strukturwandels zu werden. Durch die Umsetzung von Industrie 4.0 könnte das jährliche Wachstum um 1,7 Prozentpunkte steigen – ohne schnelles Netz kann die NRW-Wirtschaft hiervon aber nicht profitieren.

**Für Privathaushalte ist
das schnelle Internet ...**

... ein Teil der Daseinsvorsorge, die wir auch künftig sicherstellen. Das gilt auch für den ländlichen Raum.

... unverzichtbarer Alltagsbegleiter geworden. Streamingdienste und Online-Spiele werden bereits heute stark genutzt und benötigen große Bandbreiten. Zukünftig wird der Bedarf durch Haustechnik, E-Learning, E-Health oder E-Government noch zusätzlich steigen.

Glasfaserkabel sind ...

... die Internet-Infrastruktur der Zukunft.

... für die Gigabit-Gesellschaft unverzichtbar. Aufgrund der hohen Investitionskosten von 5,6 Milliarden Euro wird ein flächendeckendes Netz kaum ohne Förderung zu errichten sein. Die von der Landesregierung bislang bereitgestellte Förderung in Höhe von 292 Millionen Euro wird hierfür bei weitem nicht ausreichen. Das Land muss daher freiverdende Steinkohlesubventionen in den Ausbau der schnellen Netze umleiten.



Matthi Bolte
(GRÜNE)



Ralph Bombis
(FDP)



Lukas Lamla
(PIRATEN)

... im Vergleich zu den Flächenländern an der Spitze. Über 75 Prozent der Haushalte in NRW haben heute Zugang zum schnellen Internet mit 50 Mbit/s. Unser Ziel ist natürlich 100 Prozent, damit alle Menschen in NRW von den Chancen der Digitalisierung profitieren können. Deshalb investieren wir bis 2018 eine halbe Milliarde Euro in den Breitbandausbau.

... leider keine Priorität für die rot-grüne Landesregierung. Klägliche 1,9 Prozentpunkte trägt die jährliche Ausbaudynamik. In diesem Schnecken-tempo erreichen wir die flächendeckende Versorgung mit Hochleistungsnetzen bis 2018 nicht. Von diesen hängt jedoch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ab.

... besonders in den ländlichen Regionen in einem katastrophalen Zustand. Es gibt noch immer Regionen ohne schnelles Internet. Statt in zukunftsfähige Glasfasertechnologien zu investieren, setzt die rot/grüne Landesregierung auf veraltete Kupferkabel und die Vectoring-Technologie. In spätestens fünf Jahren wird Vectoring am Ende der Entwicklung stehen und den Breitbandausbau behindern, anstatt ihn zu fördern.

... braucht Zugang zum schnellen Internet. Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes wird zum großen Teil vom Mittelstand getragen. Diese Unternehmen liegen oft in Gewerbegebieten, die noch keine angemessene Breitbandversorgung haben. Mit dem Anschluss der Gewerbegebiete tragen wir den besonderen Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung und setzen auf zukunftsfähige Glasfaser.

... benötigt mehr Bewegungsfreiheit: durch Bürokratieabbau, durch bezahlbare Energiepreise, durch eine Stärkung der schulischen, dualen und akademischen Ausbildung und vor allem durch leistungsfähige Infrastrukturen. Denn ohne moderne Breitbandnetze und schnelles Internet flächendeckend in NRW verliert unsere erfolgreiche Wirtschaft rasend schnell ihre Wettbewerbsfähigkeit.

... ist auf Breitbandanschlüsse angewiesen, wenn sie in Zukunft nicht abgehängt werden will. Schnelles Internet wird als Standortvoraussetzung in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Die von der Landesregierung angestrebte Versorgung von Industriegebieten mit Glasfaser wird dabei nicht ausreichen, da vor allem viele Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe in Wohngebieten angesiedelt sind.

... der Zugang zum digitalen Zeitalter. E-Learning, E-Health, E-Democracy und moderne Lebens- und Arbeitsmodelle setzen einen Internetzugang voraus. Für ländliche Regionen ist schnelles Internet eine soziale, ökonomische und demografische Überlebensfrage. Deshalb ist es gut, dass wir den Großteil der Frequenzlöse (65 Mio. Euro) für den Breitbandausbau in ländlichen Räumen bereitstellen.

... Grundvoraussetzung, um nicht digital abgehängt zu werden. Partizipation, Kommunikation oder interkultureller Austausch hängen in der digitalen Gesellschaft vom Breitbandzugang ab. Niedrige Eintrittshürden für mediale und kulturelle Angebote aller Art und im Prinzip grenzenloser Zugang dazu ermöglichen darüber hinaus eine nie dagewesene Kultur- und Meinungsvielfalt – wenn die Infrastruktur dafür vorhanden ist.

... immer häufiger eine Entscheidung für oder gegen einen Wohnort. Regionen mit unzureichender Breitbandversorgung drohen künftig zu verwahrlosen. Immer mehr Arbeitnehmer machen sich selbstständig und arbeiten von zu Hause aus – auch bei großen Unternehmen geht der Trend eindeutig hin zum Homeoffice: Schnelles Internet ist in Privathaushalten mindestens genauso existenziell wichtig wie in Industriegebieten.

... die digitale Infrastruktur der Zukunft. Wir gehen von einem flächendeckenden Bedarf an Glasfaseranschlüssen bis in die Wohnung innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre aus. Bis dahin gilt es, Übergänge zu schaffen, die aber nicht zulasten der Ausbaudynamik gehen dürfen.

... das zentrale Nervensystem einer modernen Gesellschaft und einer starken Wirtschaft. Hochleistungsfähige digitale Netze sind Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, für Chancen für alle Menschen und für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die FDP-Fraktion setzt sich daher dafür ein, dass eine leistungsfähige Infrastruktur als Staatsziel in der Landesverfassung verankert wird.

... im Gegensatz zu Kupferkabeln eine Technologie, die noch in Jahrzehnten ausreichenden Datendurchsatz bieten wird. Leider sind Glasfaseranschlüsse in NRW mit nur 7 Prozent die absolute Ausnahme. Wir fordern eine Strategie, die zum Ziel hat, Glasfaser bis in jedes Haus, bis in jedes Unternehmen zu legen. Schleswig-Holstein ist mit einer Anschlussquote von 23 Prozent ein Glasfaser-Vorbild.

2015

Rückblick:

Januar Der Landtag setzt nach dem islamistischen Terror von Paris ein Zeichen für Demokratie, Meinungsfreiheit und Vielfalt. Einstimmig verabschieden die Abgeordneten aller fünf Fraktionen eine gemeinsame Resolution. Anlass sind die Anschläge auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und einen Supermarkt in Paris. Die Landesregierung will den digitalen Wandel voranbringen. Das Motto: „NRW 4.0“. Die Oppositionsfraktionen vermissen jedoch eine klare Strategie.

Februar Der Kulturausschuss beschäftigt sich erneut mit der Frage, wie der Verkauf von Kunstwerken landesnaher Unternehmen kulturpolitisch zu bewerten ist. In einer Anhörung geht es u.a. um Forderungen, entsprechende Sammlungen für das Land dauerhaft zu sichern.

März Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN verabschiedet der Landtag einen Nachtragshaushalt. Er sieht zusätzliche 1,5 Millionen Euro für die Sicherheitsbehörden vor. Hintergrund ist die verdichtete Gefährdungslage durch Islamisten. Der Antrag der PIRATEN, den Konsum von Cannabis zu legalisieren, wird im Gesundheitsausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag der CDU, die Polizei in NRW mit „Body-Cams“ auszurüsten, findet im Innenausschuss keine Mehrheit.

April Nach langer Diskussion wird das umstrittene neue Jagdrecht in namentlicher Abstimmung verabschiedet. 137 Abgeordnete stimmen zu, 86 sind dagegen, drei enthalten sich.

Mai Das Plenum befasst sich in einer Aktuellen Stunde mit dem Sanierungsstau auf den NRW-Straßen. Die Enquetekommission zur Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen beendet ihre Arbeit. In einem rund 450 Seiten starken Bericht gibt sie 58 Handlungsempfehlungen.

Juni Der Landtag lehnt eine Volksinitiative für die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren ab. Verabschiedet wird ein Gesetzentwurf von SPD, GRÜNEN und CDU, mit dem mehrere Regelungen im Schulrecht geändert werden. U.a. darf Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuchs fortan nur dann untersagt werden, wenn der Schulfrieden oder die staatliche Neutralität gefährdet sind. 237 junge Leute machen beim 7. Jugend-Landtag mit.

Juli Der ehemalige Landtagspräsident Wilhelm Lenz stirbt im Alter von 94 Jahren.

August In Düsseldorf werden die „Wege der parlamentarischen Demokratie“ eröffnet. Sie führen an die Orte, an denen die Abgeordneten seit 1946 tagten. Die Enquetekommission III (Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte) legt ihren Abschlussbericht mit 178 Handlungsempfehlungen vor. Der Innenausschuss beschäftigt sich mit Mobbingvorwürfen bei einem Kölner SEK, der Wirtschaftsausschuss mit dem Industrieprojekt „Newpark“ im Kreis Recklinghausen.

September Im Plenum werden drei neue Regierungsmitglieder vereidigt.

Oktober In einer Aktuellen Stunde debattieren die Abgeordneten über die geplante Verkleinerung des Braunkohletagebaus Garzweiler II.

November Die Landesregierung stellt im Plenum ihre Pläne zum Breitbandausbau vor, die Opposition übt Kritik: NRW könne viel weiter sein. Landtagspräsidentin Carina Gödecke verpflichtet drei neue Abgeordnete. Der von CDU und FDP vorgelegte Gesetzentwurf zum Schutz der Kommunen vor Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften wird mehrheitlich abgelehnt. Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN wird eine Änderung des Wahlkreisgesetzes beschlossen.

Dezember Der Haushalt 2016 wird in dritter Lesung beschlossen. Der Landtag verabschiedet nach den jüngsten islamistischen Anschlägen von Paris eine Resolution „gegen den Terror und die Freiheit“.



2015

111 Prinzenpaare, Dreigestirne und Lieblichkeiten aus ganz Nordrhein-Westfalen feiern im Parlament ausgelassen Karneval. Mit einer großen Veranstaltung würdigt der Landtag zudem die engen Beziehungen zu Japan.

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz-Birkenau gedenken im Landtag mehr als 450 Gäste der Opfer des Holocaust.		Mehr als 300 Gäste nehmen an der Parlamentarischen Begegnung „Städtepartnerschaften NRW-Türkei“ teil.			Im Landtag treffen sich 171 Frauen und Männer, die zwischen Juni 2014 und Juni 2015 in NRW eingebürgert wurden, zur offiziellen Begrüßungsfeier.	

So war das Jahr

Ständiges Thema Flüchtlinge

Bis Ende 2015 werden nach einer Prognose der Landesregierung rund 300.000 Asylsuchende nach Nordrhein-Westfalen gekommen sein. Ihre Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Integration stellt das Land und die Kommunen vor große Herausforderungen. Im Landtag wurde aber auch die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung an Rhein und Ruhr gelobt.

Flüchtlinge – ein Thema, das den Landtag im Jahr 2015 ständig beschäftigt hat. In vielen Fachausschüssen und auch im Plenum stand die Situation der Menschen, die vor Krieg, Terror und Elend fliehen und geflohen sind, immer wieder auf der Tagesordnung. Allein bis zum 1. November waren rund 234.000 Frauen, Männer und Kinder nach NRW gekommen. Im Mittelpunkt der Debatten standen die Menschen, ihre Unterbringung und Versorgung, ihre Integration.

Natürlich ging es in den Beratungen aber auch ums Geld und die Herausforderungen für das Land und die Kommunen, etwa bei der Unterbringung. Die Prognosen, wie viele Flüchtlinge kommen werden, wurden wiederholt nach oben korrigiert. Im Sommer erreichten wöchentlich mehr als 7.000 NRW. Die Erstaufnahmestelle in Dortmund musste mehrmals für kurze Zeit geschlossen werden, weil der Platz nicht ausreichte.

Die Landesregierung kündigte u.a. an, die Zahl der Plätze in Landeseinrichtungen bis zum Jahresende auf 60.000 zu verdoppeln. Die Opposition aber vermisste ein Gesamtkonzept zur Flüchtlingspolitik. Einig war man sich, was den Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer anging: Ihr Engagement sei großartig.

Der Landtag debattierte im Juni und September über die Ergebnisse zweier Bundesländer-Gipfel zur Flüchtlingsthematik. Am

1. Oktober wurde mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN der dritte Nachtragshaushalt für 2015 beschlossen. CDU, FDP und PIRATEN enthielten sich. Der Nachtrag sah Mehrausgaben in Höhe von 900 Millionen Euro vor – für die Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen. Damit stiegen die Ausgaben für die Flüchtlingspolitik im Etat auf 1,7 Milliarden Euro.

Im November-Plenum stand das Thema erneut auf der Tagesordnung. Es ging um die Frage, wie der Zustrom von Flüchtlingen besser organisiert werden kann. Die Debatte wurde einen Tag vor dem Kompromiss auf Bundesebene geführt. Er sieht vor, mehrere dezentrale Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen.

Auch 2016 Thema

Die Flüchtlingssituation wird den Landtag auch im kommenden Jahr beschäftigen. Die Landesregierung hatte bereits im November eine Ergänzung zum Haushaltsplan 2016 vorgelegt. Darin veranschlagte sie weitere 2,9 Milliarden Euro an Ausgaben aufgrund der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Der Haushalt sieht für diesen Bereich nun insgesamt mehr als 4 Milliarden Euro vor. Im Dezember-Plenum wurde der Etat beschlossen.

zab

Das Kinderhilfswerk „Plan“ stellt im Landtag seinen Jahresbericht vor. Er liefert Daten zur Situation von Mädchen weltweit.

Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein feiert im Landtag seinen 70. Geburtstag.

Foto: Schälte

August	September	Oktober	November	Dezember
	Das Thema „Rechtsextremismus und Sport“ steht im Mittelpunkt einer Ausstellung in der Wandelhalle. Die Bundeswehr wird 60 und steht im Mittelpunkt einer Parlamentarischen Begegnung.		Die „Raumfahrt aus Nordrhein-Westfalen für Deutschland“ steht im Fokus eines Parlamentarischen Abends.	



2016

Ausblick:

Januar Am 26. Januar wird das Landesparlament wieder närrisch: An diesem Tag findet in der Bürgerhalle der große Empfang der Landtagspräsidentin für Prinzenpaare und Dreigestirne aus ganz Nordrhein-Westfalen statt.

Vom 27. bis 29. Januar tagt das Plenum des Landtags.

März Am 13. März werden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt neue Landtage gewählt.

Der Landtag NRW kommt vom 2. bis 3. März und vom 16. bis 17. März zu Plenarsitzungen zusammen.

April „Girls‘ and Boys‘ Day“ heißt es am 25. April wieder im Landtag. Gemeinsam mit den Fraktionen beteiligt sich das Parlament an dem Tag, der Mädchen die Gelegenheit geben soll, in Männerberufe und Jungen in Frauenberufe hinein zu schnuppern.

Vom 20. bis 22. April tagt das Plenum des Landtags.

Mai Vom 11. bis 13. Mai kommt das Plenum des Landtags zusammen.

Juni Vom 23. bis 25. Juni findet der nächste Jugend-Landtag statt. 237 Jugendliche aus

ganz Nordrhein-Westfalen lernen an drei Tagen die Arbeit des Landesparlaments kennen, schließen sich zu Fraktionen zusammen, schreiben Anträge, debattieren und beschließen diese in einer Plenarsitzung.

Die reguläre Plenarsitzung ist zuvor vom 8. bis 10. Juni.

Vom 10. Juni bis zum 10. Juli findet die Fußball-Europameisterschaft in Frankreich statt.

Juli Der Landtag kommt vom 6. bis 8. Juli zu seiner letzten regulären Sitzung vor der Sommerpause zusammen.

Vom 11. Juli bis 23. August sind Sommerferien zwischen Rhein und Weser.

August Auftakt zu den Feierlichkeiten rund um den 70. Geburtstag von Land und Landtag: Landesregierung und Landesparlament veranstalten am 23. August einen gemeinsamen Festakt in der Düsseldorfer Tonhalle. Am 23. August 1946 war mit der Verordnung 46 der britischen Militärregierung das Bundesland Nordrhein-Westfalen gegründet worden durch die Vereinigung der früheren preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen.

Vom 27. bis 28. August findet dann das große Bürgerfest anlässlich des Landesjubiläums in Düsseldorf gemeinsam mit dem 8. NRW-Tag

statt. Der Landtag beteiligt sich mit Tagen der offenen Tür: Fraktionen und Landtagsverwaltung stellen ihre Arbeit vor und planen ein buntes Programm für Besucherinnen und Besucher.

September Vom 14. bis 16. September tagt das Plenum erstmals regulär nach der Sommerpause.

Am 4. September wählt Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Landtag.

Am 18. September wird in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus gewählt.

Oktober Zum 70. Geburtstag des Landtags veranstaltet der Landtag am 5. Oktober vor Beginn der Plenarsitzung einen Festakt im Plenarsaal. Am 2. Oktober 1946 war der erste Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung im Düsseldorfer Opernhaus zusammengekommen.

November Vom 9. bis 11. November tagt das Plenum des Landtags.

Dezember Vom 30. November bis 2. Dezember sowie vom 14. bis 16. Dezember findet das Plenum statt.



23. August 1946
Gründung des Bundeslandes NRW

20. April 1947
Erste Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

1945	1946	1947	1948
	8. Mai 1945 Ende des Zweiten Weltkriegs	2. Oktober 1946 Erste Sitzung des Landtags im Düsseldorfer Opernhaus	

So wird das Jahr

70 Jahre Bindestrichland

Im kommenden Jahr gibt es in Nordrhein-Westfalen gleich zwei Gründe zu feiern: Das Bundesland und der Landtag werden 70 Jahre alt.

Mit gleich zwei Festakten und einem großen Bürgerfest wird der Doppelgeburtstag 2016 gefeiert (siehe Kasten S. 14).

Alles begann mit der „Operation Marriage“, der Operation Hochzeit. So lautete 1946 der Codename der britischen Militärregierung für ihren Plan, die früheren preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen zu einem neuen Bundesland zu „verheiraten“. Am 28. Juni 1946 – gerade ein Jahr nach Kriegsende – billigte die britische Regierung diesen Plan, der mit der Verordnung Nr. 46 der britischen Kontrollkommission vom 23. August 1946 umgesetzt wurde. Das „Bindestrichland“ NRW war geboren. Zur Hauptstadt ernannten die Briten Düsseldorf.

Mühsamer Neuanfang

Es war der Beginn eines demokratischen Neuanfangs nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur und sechs Jahren Krieg. Bereits am 24. Juli 1946 war Dr. Rudolf Amelunxen zum Ministerpräsidenten ernannt und mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt worden. Ende August teilte die britische Militärregierung Amelunxen dann die Zusammensetzung des ersten Landtags mit, dessen Abgeordnete ebenfalls ernannt waren – je 100 Vertreter aus dem Rheinland und Westfalen sollten es sein. Der erste Landtag trat am 2. Oktober 1946 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Es war ein mühsamer Neuanfang. Die Städte an Rhein und Ruhr lagen in Schutt und Asche, es herrschten Mangel und Hunger. 1946 lebten geschätzt rund 11,7 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen – im Schnitt

344 auf einem Quadratkilometer. Vor dem Krieg waren es 144 gewesen.

Die erste Sitzung des Landtags fand dann auch im einzigen Ort der neuen Landeshauptstadt statt, der für einen solch feierlichen Anlass noch infrage kam – im Düsseldorfer Opernhaus. Die Abgeordneten fanden im Zuschauerraum Platz. Weitere Parkettplätze, die Logen und die Ränge füllten britische Militärs und zahlreiche deutsche Ehrengäste, darunter Oberbürgermeister, Oberstadtdirektoren, Landräte, Oberkreisdirektoren, Oberstaatsanwälte und Journalisten. Zum ersten Landtagspräsidenten wurde Ernst Gnoß (SPD) gewählt.

Die erste Landtagswahl fand am 20. April 1947 statt. Zuvor war ein dritter Partner in das Bindestrichland aufgenommen worden: Am 21. Januar 1947 wurde das Land Lippe mit NRW vereinigt – noch heute findet man alle drei Landesteile im NRW-Wappen: den Rhein für das Rheinland, das Ross für Westfalen und die Rose für Lippe.



23. Mai 1949

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

11. Juli 1950

Die nordrhein-westfälische Landesverfassung tritt in Kraft.

1949

1950

1951

1988

1949

Der Landtag verlässt die provisorischen Arbeitsräume in den Düsseldorfer Henkelwerken und zieht in das Ständehaus um.

2. Oktober 1988

Nach rund sechsjähriger Bauphase wird das neue Landtagsgebäude am Rhein eröffnet.

AUS DEN FRAKTIONEN

Bauen, bauen, bauen: Mehr Wohnungen für Nordrhein-Westfalen

Mit einer konzertierten Aktion für mehr Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen wird jetzt dem Wohnraummangel begegnet. Gerade in den stark wachsenden Ballungsräumen von Bonn über Köln, Düsseldorf, Aachen und Münster und auch im Ruhrgebiet fehlen Hunderttausende neuer Wohnungen. „Der Neuausbau in den vergangenen Jahren reicht nicht aus, um den stark steigenden Bedarf abzudecken. Das gilt insbesondere für mietpreisgebundene Wohnungen“, erklärt Jochen Ott, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag. Die Situation wird durch die steigende Zahl an Flüchtlingen weiter verschärft.

Deshalb unterstützt die SPD im Landtag die Wohnungsbauoffensive des Landes für mindestens 120.000 neue Wohnungen. Die konzertierte Aktion soll den mietpreisgebundenen

Wohnungsbau weiter ankurbeln. Daran beteiligen sich neben dem Bauministerium und dem „Bündnis für Wohnen“ auch vier große Städte – Essen, Dortmund, Gelsenkirchen und Bochum. Es sollen zudem private Anbieter und Investoren sowie die Kirchen mit einbezogen werden.

Mit der Wohnungsbauoffensive werden jetzt das seit 2013 erfolgreiche tätige „Bündnis für Wohnen“ aufgewertet und ein effektives Zusammenwirken aller Maßnahmen sichergestellt. „Ziel ist, dass Wohnen in NRW bezahlbar bleibt und mehr altersgerechte und energieeffiziente Wohnungen entstehen“, so Ott.

Bausteine der Wohnungsbauoffensive sind unter anderem Bauland- und Leerstands-



Jochen Ott (SPD)

bilisierung, Standortaufbereitung, Bauerleichterungen, steuerliche Vergünstigungen für Investoren sowie verbesserte Absprachen. Diese Maßnahmen können auf der Basis der seit 2012 erheblich erleichterten Förderkonditionen für den mietpreisgebundenen Wohnungsbau greifen.

Für den Erfolg der Wohnungsbauoffensive muss der Bund seinen Teil beitragen und bauordnungs-

sowie steuerrechtliche Erleichterungen im Bundesrecht verankern. Die Kommunen sind bei der Bereitstellung von Bauland gefordert.



Laschet empfängt Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen im Landtag



Trafen sich zu einem Gespräch im Landtag: Antonio Guterres (l.), Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, und CDU-Fraktionsvorsitzender Armin Laschet.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Armin Laschet traf am 27. November den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, zu einem Gedankenaustausch im Landtag. Mit dem früheren portugiesischen Ministerpräsidenten sprach er über die aktuelle Flüchtlingskrise und ihre internationalen Verknüpfungen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der UN dankte für das große Engagement der Menschen in Nordrhein-Westfalen in diesen Tagen und Wochen.

„Die Ursachen für die Flucht müssen in den Herkunftsländern beseitigt werden. Wir müssen die Lebensbedingungen der Menschen in den Flüchtlingslagern in Jordanien, im Libanon und in der Türkei verbessern, damit sich viele erst gar nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa begeben“, betonte Laschet. Damit Kontingente

zur Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen führen, müssten die EU-Außengrenzen besser geschützt werden. Hierzu brauche es eine schnelle Übereinkunft mit der Türkei, Unterstützung für die Mitgliedstaaten an den EU-Grenzen und handlungsfähige gemeinsame Grenzschutzbehörden, waren sich die beiden Gesprächspartner einig. Armin Laschet reiste einen Tag nach dem Gespräch nach Jordanien. Dort besuchte er das größte Flüchtlingslager des Landes, Zaatari, und machte sich vor Ort ein Bild vom Leben der Flüchtlinge und von der Arbeit der Hilfsorganisationen und des UNHCR.



Die Landtagsfraktion
CDU

„Es gibt keinen Planet B“

Warme Tage im Dezember, Winter ohne Schnee, Stürme, Starkregen, Hitzesommer, der Anstieg des Meeresspiegels: All diese und weitere klimatische Veränderungen gibt es schon heute – und gerade deshalb ist das in Paris ausgehandelte Klimaschutzabkommen so wichtig. Mit unserer Fotoaktion haben wir eine klare Botschaft nach Paris geschickt: „Es gibt keinen Planet B!“ Wir arbeiten daran, dass das Energieland Nummer eins eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt. Gemeinsam mit der SPD haben wir den Tagebau Garzweiler verkleinert, das erste deutsche Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen verabschiedet und den forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien beschlossen. Klar ist aber auch: NRW kann den Klimawandel nicht

alleine aufhalten. Deshalb sind wir erleichtert über einen Vertrag, der die Erderwärmung auf 1,5 bis 2 Grad begrenzen will. Dazu gehört aber auch ein klares Bekenntnis gegen die fossilen und für die Erneuerbaren Energien. Der Grüne Fraktionsvorsitzende Mehrdad Mostofizadeh begrüßte die Einigung: „Der Vertrag von Paris ist ein historisches Dokument. Jetzt müssen wir ihn hier bei uns mit Leben füllen!“ Von den Verträgen in Paris erhoffen wir, dass die teilnehmenden Staaten nach den Verhandlungen ihren Verpflichtungen nachkommen und die vereinbarte fünfjährige Überprüfung der Klimaziele eingeleitet wird. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen besinnliche Feiertage und einen guten Start in das neue Jahr! ■



FDP-Fraktion: Leben retten kann man lernen

Das erschütternde Ereignis kommt wie aus heiterem Himmel – schnell und häufig mit tragischem Ausgang. Der plötzliche Herztod ist mit mehr als 100.000 Fällen eine der häufigsten Todesursachen in Deutschland. „Wenn die Herzfunktion ausfällt, das Herz also kein Blut mehr in den Kreislauf pumpt, sind schnelles Handeln und eine Herzdruckmassage erforderlich, damit Gehirn und andere Organe mit Sauerstoff versorgt werden“, erklärt Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Bei zügiger Reaktion können in beinahe jedem zweiten Fall der Kreislauf wieder hergestellt und die Überlebenschancen massiv gesteigert werden. Aber nur in 15 Prozent der Fälle wird



Susanne Schneider (FDP)

vor dem Eintreffen des Rettungsdienstes mit Wiederbelebensmaßnahmen begonnen. Die FDP-Landtagsfraktion fordert deshalb, die Ausbildung zu Erster Hilfe bereits in Schulen zu beginnen – durch Unterrichtsangebote ab der 7. Klasse und leicht zugängliches Infomaterial. Zudem möchte die FDP, dass auch junge Eltern, Lehrkräfte und Personal in Kindertagesstätten verstärkt über Erste-Hilfe-Maßnahmen und Ausbildungsangebote informiert werden.

„Ersthelfer können Leben retten“, betont Susanne Schneider. Doch viele sind entweder nicht ausreichend über Wiederbelebensmaßnahmen informiert oder haben Angst, etwas falsch zu machen. „Maßnahmen sind dabei

sehr einfach zu lernen und von nahezu jedem durchführbar. Die Vermittlung besserer Kenntnisse kann die Bereitschaft zur Ersten Hilfe steigern und Leben retten“, ist Schneider überzeugt. Einen Tipp hat die Gesundheitsexpertin: 100- bis 120-mal in der Minute muss die Druckmassage erfolgen. „Um den nötigen Rhythmus zu finden hilft es, gedanklich das Lied ‚Stayin‘ alive‘ oder ‚Highway to hell‘ zu summen. Entscheidend ist, dass in Notsituationen besser und schneller geholfen wird. Die FDP-Fraktion wird ihre Kenntnisse durch einen Erste-Hilfe-Kurs in Kürze vertiefen. ■



Das war 2015: Unser Fokus auf Flüchtlinge und Breitbandausbau

Das Jahr 2015 war eine große Chance für die Landesregierung, die Digitale Revolution zu gestalten. Mit vollmundigen Worten hatte Ministerpräsidentin Kraft im Januar verkündet, dass sie den Breitbandausbau forcieren wolle, dass sie keinen Internetanschluss zurücklassen wolle. Und was ist passiert? Nichts. Alle Chancen vertan – anstatt zu klotzen, kleckert die Landesregierung. Die Fördermittel fließen in alte Kupferkabel. Das grenzt an Steuerverschwendung. Schon bald wird diese Technologie nicht mehr ausreichen. Durch diese engstirnige Sichtweise werden nachhaltige Projekte de facto ausgeschlossen.

Wir fordern die Landesregierung auf, konsequent Glasfaseranschlüsse in den Kommunen zu



Michele Marsching (PIRATEN)
Foto: Meyer Originals

fördern. Denn nur die Glasfaserkabel werden auch in den kommenden Jahrzehnten unseren Ansprüchen gerecht werden. Die schlecht konzipierte Breitbandpolitik der Landesregierung wird dem digitalen Potenzial unseres Landes nicht gerecht.

Auch in der Flüchtlingspolitik hat die Landesregierung gezeigt, dass sie nicht Herr der Lage ist. Wir fordern, dass die Flüchtlinge schnell integriert werden. Die großen Fraktionen diskutieren lieber über Transitzonen außerhalb von NRW und lassen die Probleme in unseren eigenen Notunterkünften unangetastet. Helfer und Flüchtlinge stehen weiterhin im Regen. Wir wollen weitere Massenabschiebungen verhindern. Jeder Flüchtling, der länger als ein Jahr auf

eine Asylentscheidung wartet, soll automatisch eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Wir werden auch im kommenden Jahr dafür kämpfen, dass mit Arbeitsplätzen, durch Bildung und gezielte Sprachförderung die Fremden schnell zu Nachbarn und Nachbarn schnell zu Freunden werden. Die Stimmung im Land darf nicht kippen. Dafür setzen wir uns auch im Jahr 2016 ein. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen besinnliche Festtage und alles Gute für das kommende Jahr.

Michele Marsching
Vorsitzender der Piratenfraktion
im Landtag NRW



Die Krux mit der Kinderbetreuung

Tagespflege soll der Kita gleichgestellt werden

10. Dezember 2016 – Wer kleine Kinder hat und sie betreuen lassen möchte, kann sie entweder in einer Kindertagesstätte anmelden oder in die Hände einer Tagesmutter bzw. eines Tagesvaters geben. Beide Betreuungsformen existieren nebeneinander, sind aber in vielerlei Punkten nicht gleichgestellt. Diese Einschätzung teilen alle Fraktionen im Landtag. Auf der Basis eines [Antrags der FDP-Fraktion](#) hat der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie darüber beraten, wie dem zu begegnen ist. Sachverständige hatten zu den Forderungen bereits [Stellung genommen](#).



Foto: Schälte

Ein Knackpunkt ist die unterschiedliche Vergütung der Tagespflegepersonen, die pro Kind für eine Betreuungsstunde zwischen 2,70 und 7 Euro von der jeweiligen Kommune erhalten. Die Politik müsse Rahmenbedingungen schaffen, um solche Unterschiede zu verhindern, forderte [Marcel Hafke](#) (FDP). Er sprach sich für eine landeseinheitliche Vergütung aus und, solange dies noch nicht umgesetzt ist, für die Möglichkeit, von den Eltern wieder einen Eigenanteil zu verlangen. Die Forderung nach einer vorübergehenden Zuzahlung lehnten die anderen vier Fraktionen ab. [Bernhard Tenhumberg](#) (CDU), der den Antrag ansonsten im Grundsatz richtig fand, erklärte, seine Fraktion halte stattdessen an dem Anspruch fest, das Tagespflegesystem von vornherein auskömmlich zu finanzieren. Das Land habe die Aufgabe, gleichwertige Lebensverhältnisse in NRW zu schaffen – bei solchen Ungleichheiten müsse es eingreifen.

Bei einem Zusatzbeitrag für die Eltern bestehe zudem die Gefahr, dass Kinder, deren Eltern den Beitrag nicht zahlen könnten, keinen Zugang zur Betreuung hätten, gab [Andrea Asch](#) (GRÜNE) zu bedenken und verwies auf das Ziel der Bildungsgerechtigkeit.

Familienministerin [Christina Kampmann](#) (SPD) sagte, im Ministerium befasse sich eine

Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden mit dem Problem. Nur eine Lösung im Konsens werde tragen, betonte sie. Wenn das Land im Alleingang feste Vorgaben mache, bedeute dies, dass es nach dem Konnexitätsprinzip auch alles allein bezahlen müsse. [Daniel Düngel](#) (PIRATEN) begegnete der Arbeitsgruppe mit einer „natürlichen Skepsis“: Häufig vergehe viel Zeit und ob ein tragfähiger Kompromiss zustande komme, sei unklar. Er forderte deshalb einen „Plan B“, der die Landesregierung auch ohne Konsens handlungsfähig mache, denn die Probleme bestünden schließlich und müssten gelöst werden. Es sei Zeit zum Handeln, forderte auch Tenhumberg. Langwierige Arbeitskreisarbeit könne NRW sich nicht leisten. Düngel kritisierte außerdem, das gesamte Betreuungssystem, Kitas eingeschlossen, sei unterfinanziert.

„Jugendämter entlasten“

Die Arbeitsgruppe bemühe sich auch um Wege, die kleine Jugendämter entlasten könnten, erklärte die Ministerin. Sie könnten die Fachberatung nicht immer allein stemmen; auch überregionale Qualifizierungsangebote seien

sinnvoll. Damit bestätigte sie Forderungen aus dem Antrag der FDP.

Hafke forderte, Tagespflege und Kita auch bezüglich der Betreuungszeiten gleichzustellen. Während die Eltern in den Kitas die Wahl zwischen einem wöchentlichen Betreuungsumfang von 25, 35 oder 45 Stunden hätten, genehmige die Kommune in der Tagespflege nur eine Wochenstundenzahl, die von den Arbeitsstunden der Eltern abhängen. Auch eine Vertretungsregelung, wie es sie in Kitas im Krankheitsfall des Erziehungspersonals gebe, fehle in der Tagespflege. Hier sei es an den jeweiligen Kommunen, für entsprechende Vertretungsregelungen vor Ort zu sorgen, erklärte Kampmann.

[Wolfgang Jörg](#) (SPD) kritisierte, dass nun ausgerechnet die FDP landesweite Einheitlichkeit unter den Kommunen fordere – schließlich sei sie es gewesen, die gezielt Ungleichheit und damit Wettbewerb in die Kommunen untereinander gebracht habe. Er gab sich aber optimistisch: Erstens gebe es bereits viele Kommunen, die sich der Herausforderung einer auskömmlichen Vergütung stellten. Zweitens gebe es inzwischen mehr Vernetzung unter den Kommunen. Drittens sei die Landesregierung mit der Arbeitsgruppe im Ministerium auf einem guten Weg.

SOW

Porträt: Cornelia Ruhkemper (SPD)



Dass Cornelia Ruhkemper, die 61-jährige Vizevorsitzende des Landtagsausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, sich in einer Partei engagieren und in der Politik mitmischen würde, das war schon von Geburt an vorbestimmt. Sie kommt aus einem politischen Elternhaus, ihr Vater war Mitglied der damals noch eigenständigen Industriergewerkschaft Bergbau und Energie, ihre Mutter war in der Kommunalpolitik aktiv und gehörte der Stadtschulpflegschaft in Bottrop an. Schon als Jugendliche ging Cornelia Ruhkemper gelegentlich mit ihren Eltern zu den Versammlungen des SPD-Ortsvereins Bottrop-Stadtmitte. Was damals noch Schnupperkurs genannt wurde, heißt heute Gastmitgliedschaft. Im Alter von 22 Jahren wollte sie dann nicht nur zuhören, sondern auch mitdiskutieren und entscheiden und trat in die Partei ein. Dass es eine Entscheidung für das Leben sein sollte, hatte ihr Vater klargestellt. Aus zwei Organisationen trete man nicht aus, hatte er seiner Tochter mit auf den Weg gegeben, aus der Gewerkschaft und aus der Partei.

In der SPD machte Ruhkemper Karriere, in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), im Ortsverein und ab 1994 auch im Bottroper Stadtrat. Sie war Sachbearbeiterin beim Kreiswehersatzamt Düsseldorf, in der von Männern geprägten und eher konservativ angehauchten Welt der Bundeswehr erntete sie manch skeptischen Blick, wenn ihr politisches Engagement bekannt wurde. Nach der Kommunalwahl 1999 wurde sie in Bottrop zur Bürgermeisterin gewählt, in der SPD übernahm sie 2005 die Aufgabe einer stellvertretenden Vorsitzenden des Unterbezirks Bottrop.

Als der damalige Bottroper SPD-Vertreter im Landtag, Klaus Strehl, nach vier Legislaturperioden nicht wieder antrat, fragte er

als erstes Cornelia Ruhkemper, ob sie nicht seine Nachfolge antreten wolle. Nach einer Woche intensiven Nachdenkens stimmte sie zu, wurde von ihrer Partei aufgestellt und gewann ihren Wahlkreis. Beeinflusst wurde ihre Entscheidung für den Wechsel nach Düsseldorf dadurch, dass ihr Lebensgefährte 2005 erfolgreich als Oberbürgermeister in Bottrop kandidierte und nicht beide Partner in der städtischen Politik aktiv sein wollten. Strehl riet ihr, sich im Bereich Umwelt- und Naturschutz im Landtag zu engagieren. Ihre politische Konkurrentin Barbara Wischermann von der CDU, die 2005 auch nicht mehr angetreten war, gab ihr die Empfehlung, in den Petitionsausschuss zu gehen, den die CDU-Politikerin zuletzt geleitet hatte.

Beiden Ratschlägen ist Ruhkemper gefolgt und hat ihre Entscheidung nicht bereut, wobei sie kein Hehl daraus macht, dass ihr die Arbeit im Petitionsausschuss, dem Kummerkasten des Landtags, oft mehr Freude macht als die im Agrar- und Umweltausschuss, die gelegentlich doch recht trocken sein könne. Und als typischem Kind des Ruhrgebiets sind ihr die Sorgen und Nöte der einfachen Bürger, die im Petitionsausschuss zur Sprache kommen, manchmal auch näher als die Probleme der Landwirte.

Tochter eines Bergmanns

Dass Opposition Mist sei, wie ihr ehemaliger Parteivorsitzender Franz Müntefering einmal gesagt hatte, kann Ruhkemper nicht uneingeschränkt bestätigen. Als sie im Sommer 2005 in das Landesparlament einzog, war ihre Partei nach fast 40 Jahren wieder auf die Oppositionsbänke verbannt worden, und in der arg zusammengeschmolzenen Fraktion herrschte großes Wehklagen. Frustrierend sei es schon gewesen, dass nichts von dem, was sorgfältig erarbeitet worden war, im Landtag eine Mehrheit fand, erinnert sie sich, „aber wir haben uns in der Zeit auch inhaltlich gut weiterentwickelt. Es war ein Atemholen für die Zukunft.“

Ein wenig Wehmut befällt die Tochter eines Bergmanns, wenn sie an das Jahr 2018 denkt, in dem das Bergwerk Prosper-Haniel als letztes in der einstigen Zechenstadt Bottrop dicht gemacht wird. Aber ihr ist auch klar, dass der Prozess nicht aufzuhalten ist, dass in wenigen Jahren in Deutschland keine Steinkohle mehr abgebaut wird. Doch sie ist überzeugt, dass der RAG-Konzern, eines der Nachfolgeunternehmen der früheren Ruhrkohle, gut genug aufgestellt ist, um die Herausforderungen zu bewältigen, und dass ihre Heimatstadt den Einschnitt „einigermaßen hinkriegt“.

Peter Jansen

Verdienstorden an Jürgen Rüttgers

Für seine Verdienste um die deutsch-polnische Aussöhnung und Zusammenarbeit ist der frühere NRW-Ministerpräsident Prof. Dr. Jürgen Rüttgers mit dem Verdienstorden der Republik Polen ausgezeichnet worden. Der polnische Generalkonsul Jan Sobczak überreichte ihm die Auszeichnung am 1. Dezember 2015 im Empfangsraum des Landtags. Er würdigte das persönliche Engagement und die Leistungen des CDU-Politikers, u.a. um den Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Prof. Dr. Rüttgers ist einziges deutsches Mitglied im Stiftungsrates der Auschwitz-Birkenau Foundation. Der Geehrte bedankte sich für die Auszeichnung. Zum Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau sagte er, es sei wichtig, die Zukunft auf der Vergangenheit aufzubauen und eine Erinnerungskultur zu pflegen, auch mit Blick auf eine Zeit, in der es keine Zeitzeugen mehr geben werde. Prof. Dr. Rüttgers war von 2000 bis 2012 Mitglied des Landtags und von 2005 bis 2010 Ministerpräsident des Landes.

Strategien gegen Radikalisierung

Wie können lokale Ebenen in Europa extremistische Tendenzen bekämpfen? Mit diesem – nach den Terroranschlägen von Paris brandaktuellen – Thema befasst sich derzeit der Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE) des Europarats. Auf seiner Sitzung vom 20. bis 22. Oktober 2015 in Straßburg verabschiedete der Kongress ein Grundsatzpapier, an dem der Landtagsabgeordnete Josef Neumann (SPD), Vizepräsident des Current Affairs Committee des KGRE und Berichterstatter zum Thema Radikalisierung junger Menschen, mitgearbeitet hatte.

Das Grundsatzpapier sieht nach Angaben von Neumann Leitlinien zur Verhütung von Radikalisierungen in Städten und Gemeinden vor. In dem Papier heißt es demnach, dass sich solche Radikalisierungen vor Ort entwickeln und auch regional und lokal bekämpft werden müssten. Der Kongress setzt dabei auf die europäische Zusammenarbeit und einen Austausch über Strategien und Best-Practice-Beispiele aus Gemeinden, Städten und Regionen. Als Instrumente im Kampf gegen die Radikalisierung von Jugendlichen werden u.a. Aussteigerprogramme und lokale Sicherheitspartnerschaften genannt. Prävention, Repression und Reintegration müssten ineinandergreifen. Der KGRE ist eine Institution des Europarats. Seine 636 Mitglieder (Kommunalpolitiker, Bürgermeister oder regionale Mandatsträger) vertreten 200.000 Gebietskörperschaften aus 47 Staaten.

Kurz notiert

Festakt zum Jubiläum

Mit einem Festakt im Landtag hat der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein am 7. Dezember 2015 seinen 70. Geburtstag gefeiert. Zu der Veranstaltung hatten Landtagspräsidentin Carina Gödecke und der Vorstandsvorsitzende des Landesverbands, Dr. Oded Horowitz, eingeladen. Weitere Redner waren der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, Vize-Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann, der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel und der frühere Ministerpräsident Prof. Dr. Jürgen Rüttgers, der die Festrede hielt. Der Verband mit Sitz in Düsseldorf umfasst die Synagogengemeinde Bonn, die jüdischen Gemeinden Duisburg-Mülheim-Oberhausen, Krefeld, Aachen, Düsseldorf und Mönchengladbach sowie die jüdischen Kultusgemeinden Essen und Wuppertal. Einen ausführlichen Bericht und ein Video der Veranstaltung finden Sie im Internet unter: www.landtag.nrw.de

Besuch in Brüssel

Zu aktuellen Themen der Europapolitik tauschte sich das Präsidium des Landtags Mitte November in Brüssel mit hochrangigen Gesprächspartnern der EU-Institutionen aus, darunter EU-Kommissar Günther Oettinger. Landtagspräsidentin Carina Gödecke und die Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke informierten sich u.a. über die europäischen Positionen in der Flüchtlings- und Asylpolitik. Dabei ging es auch um Fragen des politischen Mitspracherechts des Europäischen Parlaments und Sorgen um den Fortbestand der europäischen Solidarität.

Personalie

Personalwechsel im Landtag: Der Abgeordnete **Dr. Roland Adelman**n scheidet mit Ablauf des 31. Dezember 2015 aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen aus. Vor Landtagspräsidentin Carina Gödecke erklärte er am 16. Dezember 2015 offiziell, dass er auf sein Mandat verzichten wird. Dr. Roland Adelman gehört dem Landesparlament als Mitglied der SPD-Fraktion seit 2012 an. Für den Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin sowie Neonatologen aus Wiehl (Oberbergischer Kreis) wird die SPD-Politikerin **Angela Tillmann** aus Mönchengladbach in das Landesparlament nachrücken.

Gestorben

13.11. Martin Stevens (SPD) MdL 1985-1995

17.11. Heinz-Josef Nüchel (CDU)
MdL 1975-1985

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Weihnachten feiern Menschen christlichen Glaubens die Geburt Jesu Christi, mit der Hoffnung und Licht in die Welt gekommen sind. Doch auch viele Menschen, die einer anderen Religion angehören, und auch Menschen ohne religiöse Zugehörigkeit freuen sich auf die Weihnachtstage. Denn diese Tage sind für uns alle etwas ganz Besonderes. Für einige Tage scheint die Zeit mit einem Male stillzustehen und es entsteht Freiraum, um etwas zur Ruhe zu kommen. Genießen Sie diese Tage und genießen Sie auch die Vorfreude darauf!

Persönlich, stellvertretend für alle Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen sowie im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung wünsche ich Ihnen von Herzen frohe und gesegnete Weihnachten, eine besinnliche Zeit im Kreise Ihrer Lieben sowie ein gesundes, friedvolles und erfolgreiches Jahr 2016.

Ihre



Carina Gödecke
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

Foto: Schälte